

107. Sitzung des Niedersächsischen Landtags
27. Mai 2011

Rede von Kreszentia Flauger MdL zum Thema:

Niedersachsens Beitrag zum Schutz von Flüchtlingen aus Nordafrika und dem Nahen Osten - Antrag der Fraktion DIE LINKE - Drs. 16/3517

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wenn man in den letzten Wochen die Zeitungen aufgeschlagen hat und die Aufmacher zur Situation der Flüchtlinge aus Nordafrika liest, läuft einem ein kalter Schauer den Rücken herunter. Die *Hannoversche Allgemeine Zeitung* titelte am 13. April 2011: „Schünemann droht Italien mit Sanktionen, Ärger über Roms Flüchtlingspolitik wächst, Berlin will keine Wirtschaftsflüchtlinge“. Und *Bild* schreibt: „Streit um Lampedusa-Flüchtlinge, Politiker werfen Italien Mafiamethoden vor“.

Meine Damen und Herren, in keinem dieser Beiträge geht es auch nur im Ansatz um die betroffenen Menschen, um ihre Schicksale, um ihre Fluchtgründe und um die schlimmen Erlebnisse, die sie in den letzten Wochen und Monaten zu verarbeiten hatten. Abschotten, abschieben, Grenzkontrollen verstärken - das sind die zentralen Stichworte. Das ist angesichts des Flüchtlingsdramas in Nordafrika ein Armutszeugnis für Europa und die europäische Politik!

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren, wurden die Revolutionen in den nordafrikanischen Staaten noch vor Wochen bejubelt und gefeiert, ist dies jetzt einer hysterischen Angstkampagne vor einer gigantischen Flut von Flüchtlingen gewichen. Man fühlt sich ein bisschen an die unsägliche Debatte um die Verschärfung des Asylrechts Anfang der 90er-Jahre erinnert.

Mit unserem Antrag wollen wir einen Beitrag zur Versachlichung dieser Diskussion leisten und endlich wieder die Menschen in den Mittelpunkt stellen, um die es wirklich geht, nämlich die notleidenden Flüchtlinge.

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren, seit Februar dieses Jahres werden die Nachrichten von den Aufständen in Nordafrika und auf der arabischen Halbinsel plötzlich von den Bildern auf Lampedusa ankommender Flüchtlinge überschattet. Die italienische Regierung warnt vor einem Exodus biblischen Ausmaßes.

Auf europäischer Ebene wurden eilig Sondergipfel einberufen, um das Vorgehen gegen die angeblich größte Flüchtlingswelle aller Zeiten abzustimmen. Die italienische Regierung spricht von bis zu 300 000 Flüchtlingen, die mittelfristig nach Europa kommen könnten, falls die nordafrikanischen Staaten nach den Aufständen nicht weiterhin bei der Flüchtlingsabwehr mit der EU und ihren südlichen Mitgliedstaaten kooperieren würden.

Das war vor der militärischen Eskalation des Aufstands in Libyen, in dessen Zuge mittlerweile fast 200 000 Menschen in die Nachbarstaaten Tunesien und Ägypten flohen, und vor den Luftangriffen einer sogenannten Koalition der Willigen, die weitere Fluchtwellen ausgelöst haben.

Wir müssen erkennen, dass das Dubliner Abkommen, welches die Verteilung der Flüchtlinge auf die europäischen Staaten regeln soll, einen Konstruktionsfehler hat. Die Länder, die am südlichen Rand Europas liegen, sind am stärksten betroffen, weil die Flüchtlinge hier zuerst ankommen. Inzwischen haben Verwaltungsgerichte entschieden, dass eine Überstellung von Asylbewerbern nach Griechenland nicht mehr zulässig ist, obwohl Griechenland eigentlich zuständig wäre, weil die Flüchtlinge aus dem Nahen Osten dort zunächst ankommen. Der Grund ist, dass dort menschenwürdige Verhältnisse nicht mehr bestehen. Eine ähnliche Situation zeichnet sich jetzt auch für Italien ab. Deshalb ist jetzt Hilfe außerhalb der Verteilungsregeln von Dublin nötig.

(Beifall bei der LINKEN)

Der militärische Aufmarsch der Koalition der Willigen im Mittelmeer und die von dort gestarteten Luftangriffe drohen die Flucht über die libyschen Seegrenzen unmöglich, zumindest aber noch gefährlicher zu machen, da es sich faktisch um ein Kriegsgebiet handelt.

Meine Damen und Herren, mittlerweile scheint sich die Situation für Flüchtlinge an der tunesisch-libyschen Grenze zuzuspitzen. Am vergangenen Wochenende sind bei einem Brand in einem vom UNHCR betriebenen Flüchtlingslager mindestens vier Eritreer gestorben. Brandursache wie auch die Anzahl der Verletzten sind unklar. Mittlerweile ist das Lager, in dem rund 4 000 Flüchtlinge untergebracht waren, nach Angriffen der tunesischen Anwohner komplett verwüstet und verbrannt.

Meine Damen und Herren, angesichts der humanitären Notlage in den Grenzregionen zwischen Libyen, Tunesien und Ägypten muss sich Deutschland an einer umfangreichen Hilfsaktion für die betroffenen Flüchtlinge aus Nordafrika beteiligen.

(Beifall bei der LINKEN)

Dazu zählt u. a. die Aufnahme von Flüchtlingen aus dieser Region. Auch das Land Niedersachsen muss in diesem Zusammenhang seinen Beitrag leisten. Mit dem Grenzdurchgangslager Friedland verfügen wir über die entsprechenden Kapazitäten.

Mit unserem Antrag wird die Landesregierung aufgefordert, ihre Bereitschaft zur Aufnahme von Flüchtlingen zu erklären und dafür in Friedland die entsprechenden Vorbereitungen zu treffen.

Meine Damen und Herren, es wäre ein wichtiges Signal, wenn von Niedersachsen aus ein einmütiges humanitäres Zeichen ausgeht. Ich bitte Sie deshalb um Zustimmung zu unserem Antrag.

Danke.

(Beifall bei der LINKEN)